

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 16/2018**12. Oktober 2018**

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

in dieser Woche kam eine Reihe wichtiger Gesetze in die parlamentarische Beratung, die wir in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt hatten und die zum 01. Januar 2019 in Kraft treten sollen.

Zur Sicherung der gesetzlichen Rente machen wir einen ersten wichtigen Schritt, in dem wir zunächst bis 2025 das Rentenniveau auf 48% festschreiben und gleichzeitig dafür sorgen, dass die Beitragssätze nicht über 20% ansteigen. Damit stärken wir das Vertrauen in die gesetzliche Rente, die sich allen Unkenrufen zum Trotz auch in den Finanzkrisen als stabiler Faktor in der Alterssicherung erwiesen hat.

Mit der Einführung eines sozialen Arbeitsmarktes geben wir Arbeitslosen, die schon lange Arbeit suchen, eine neue Chance. Denn trotz historisch niedriger Arbeitslosigkeit sind rund 800.000 Bürgerinnen und Bürger langzeitarbeitslos und konnten von der guten wirtschaftlichen Lage nicht profitieren. Arbeit und ein eigenes Einkommen sind jedoch zentral für eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und die Gestaltung des Lebens nach eigenen Wünschen. Wir setzen nun ein Programm auf, mit dem wir mittels individueller Unterstützung auch jene in die Arbeitswelt integrieren wollen, bei denen die klassischen arbeitsmarktpolitischen Instrumente nicht erfolgreich waren. Damit leisten wir mit der Aktivierung brachliegender Potenziale auch einen Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Mit dem Familienentlastungsgesetz stärken wir Familien finanziell und ergänzen damit unsere weiteren Anstrengungen, Familien und Erziehende mit mehr Kitas, Ausbau der Ganztagsbetreuung und einem Rückkehrrecht in Vollzeit zu unterstützen.

Wir erhöhen das Kindergeld um 10 Euro pro Kind, erhöhen den Kinderfreibetrag und bauen die „kalte Progression“, also das Phänomen, dass Lohnsteigerungen zu überproportional steigenden Steuern führen, ab.

In der Dieselfrage konnten wir im Koalitionsausschuss endlich durchsetzen, dass nun auch die Union Hardware-Nachrüstungen unterstützt, um Fahrverbote zu vermeiden. Diese gemeinsame Position der Bundesregierung ist ein wichtiger Schritt, um die Industrie dazu zu bringen, die Kosten dafür zu übernehmen. Wir sehen die Autohersteller in der Verantwortung, die im Wissen um bestehende Abgasgrenzwerte Fahrzeuge auf die Straße geschickt haben, die im Straßenverkehr erhebliche Abgasmengen ausstoßen. Die Hersteller dürfen nun die Fahrzeughaltenden nicht alleine lassen, sondern müssen zügig Nachrüstungen anbieten und die Kosten dafür komplett übernehmen.

Wir sorgen mit entschlossener Sacharbeit dafür, dass wir Probleme identifizieren und lösen und erzielen damit für die Bürgerinnen und Bürger konkrete Lebensverbesserungen.

Einen Überblick über meine Aktivitäten in den vergangenen Tagen findet Ihr gewohnt auf den folgenden Seiten. Viel Spaß beim Lesen.

Euer



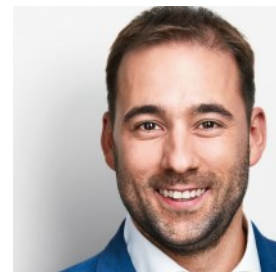
Terminauswahl

| 24. Oktober 2018 | 18.30 Uhr

Europa Union Hameln, Vortrag: „Armut in Deutschland und Europa und ihre Folgen“, VHS Hameln

| 26. Oktober 2018 | 10.00-12.00 Uhr

Infostand des SPD OV Uslar, Lange Straße, Uslar



Inhaltsverzeichnis

Seite 2 — 313. Hamelner Grenzbeziehung
UB-Konferenzen zur Europawahl

Seite 3 — SPD-Delegationsreise nach Polen

Seite 4 — Praktikantenvorstellung
Niklas Keuneke

Europäischer Bildungsraum über
die EU-Grenzen hinaus

Seite 5 — Besuchergruppen in Berlin
LÖMö in der Fraktion

Seite 6 — Kuratorium der Bundeszentrale für
politische Bildung

Seite 7 — Pressemitteilung Weseranrainer

Ihr findet mich auch bei:



313. TRADITIONELLE HAMELNER GRENZBEZIEHUNG



Mit Kanonendonner und in traditionellem Gewand machten sich hunderte Hamelner und solche, die sich dazugehörig fühlen, auf die 313. Grenzbezieher-Wanderung. Leider konnte ich dieses Mal nur eine kurze Strecke mitgehen, aber ich habe mich sehr über die Einladung des Vereins für Grenzbeziehung und Heimatpflege gefreut. Eine Veranstaltung die jedes Jahr wieder schön ist.

UNTERBEZIRKSKONFERENZEN ZUR EUROPAWAHL IM WAHLKREIS



In den Unterbezirken Hameln-Pyrmont, Holzminden und im Unterbezirk Northeim fanden die Unterbezirksvertreterversammlungen zur Europawahl statt. Zu den Konferenzen war auch Bernd Lange MdEP in den Wahlkreis gekommen. In seinen Reden warnte er ausdrücklich vor dem aufkommenden Nationalismus in einigen Mitgliedsstaaten und vor den USA, die über Abschottungszölle Eigeninteressen durchsetzen wollen. Die EU geht einen anderen Weg und setzt auf enge Zusammenarbeit und Zusammenhalt, um

dadurch gebündelt die Interessen der Länder stärker vertreten zu können. Bernd machte deutlich, dass es eine große Aufgabe der EU ist, die soziale Spaltung der Mitgliedsländer aufzuhalten und diejenigen, die sich von demokratischen Strukturen distanzieren zu disziplinieren. Gleiche Arbeit für gleichen Lohn, Equal Pay, sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer standen ebenso auf der Agenda der Diskussion wie die Verbesserung der inneren Sicherheit durch grenzübergreifende Zugriffsmöglichkeiten.

Bernd plädierte für einen fairen Handel als Antwort auf die Flüchtlingsproblematik sowie regelbasierte Kooperationen, wie z.B. die mit Japan. In seinen leidenschaftlichen Reden konnte er die Delegierten davon überzeugen, dass die kommende Europawahl am 23. Mai 2019 richtungsweisend ist. Bernd Lange ist Vorsitzender des Handelsausschusses des Europäischen Parlaments und Berichterstatter für die US-EU Handelsbeziehungen.

Mehr über Bernd könnt ihr unter bernd-lange.de erfahren.



SPD-DELAGATIONSREISE NACH POLEN



Von Dienstag bis Donnerstag war ich in der letzten Woche mit einer SPD-Delegation aus der dt.-pl. Parlamentariergruppe in Polen. Gemeinsam mit Matthias Bartke, Aydan Özoguz, Josip Juratovic, Dietmar Nietan und unserer Landtagskollegin Klara Geywitz aus Brandenburg waren wir in Warschau und Danzig. Zunächst haben wir uns mit dem Generalsekretär unserer Partnerpartei SLD Marcin Kulasek und dem stellv. Vorsitzenden Andrzej Szejna zum Gespräch getroffen. Anschließend ging es zu einem überaus aufschlussreichen Treffen mit dem erfahrenen sozialdemokratischen Senator Marek Borowski. Außerdem habe ich mich bereits zum zweiten Mal mit Barbara Nowacka austauschen können, die mit frischen sozialdemokratischen Ideen wieder ins Parlament einziehen möchte. Mit Marek Prawda, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Polen, haben wir einen überzeugten und optimistischen Pro-Europäer getroffen. Einen guten

Austausch mit vielen gemeinsamen Ideen für eine zukünftig wieder deutlich engere Zusammenarbeit hatten wir mit der Polnisch-Deutschen Freundschaftsgruppe des Sejms des polnischen Parlaments. Von Michael Kern, dem Leiter der Deutsch-Polnischen Industrie- und Handelskammer, und Hanna Machinska, der stellv. Beauftragten für Bürgerrechte, sind wir in



wirtschaftlichen Fragen und Fragen der Wahrung von Bürgerrechten auf den neuesten Stand gebracht worden. Im Außenmi-

nisterium haben wir uns mit Szymon Szykowski vel Sęk, dem Staatssekretär für Europa, ausgetauscht. Zum Abschluss unseres Besuchs in Warschau habe ich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen noch einen für uns besonders geschichtsträchtigen Ort besucht, der extrem nachdenklich macht: Das Warschauer Ghetto. Von dort wurden über 300.000 Juden nach Auschwitz deportiert. Wir waren am ehemaligen Umschlagplatz und dem Ehrenmal für die Toten des Warschauer Ghettos, wo Willy Brandt mit dem Kniefall von Warschau seine historische Demutsgeste mit der Bitte um Vergebung für die deutschen Verbrechen des Zweiten Weltkriegs unternahm. Ein berührender und bedrückender Ort. Am 3. Oktober ging es mit dem Zug nach Danzig. Am Tag der Deutschen Einheit war das genau der richtige Ort, um uns daran zu erinnern, dass wir unsere friedliche Wiedervereinigung auch dem Freiheitskampf der Solidarność und den Danziger Werftarbeitern mit Lech Wałęsa an der Spitze zu verdanken haben.

PARKTIKANTENVORSTELLUNG NIKLAS KEUNEKE



Ich heiße Niklas Keuneke, bin 19 Jahre alt und wohne in Kleinenberg, Bad Pyrmont. Im Oktober habe ich die Chance einen Monat lang ein Praktikum bei Johannes und seinen Kollegen in Berlin und Hameln zu absolvieren. Zurzeit studiere ich Rechtswissenschaften im 3. Semester

an der Leibniz Universität in Hannover.

Erste Berührungspunkte mit der politischen Arbeit konnte ich im Rahmen des Programmes „Schülerinnen und Schüler begleiten Abgeordnete“ sammeln, als ich Uli Watermann begleiten durfte. Dieser kurze Einblick in die politische Tätigkeit hat mein Interesse geweckt, so dass ich diese Erfahrungen in Form eines Praktikums bei Johannes vertiefen wollte.

Hierbei wurde ich vom ersten Tag an in die Arbeit im Wahlkreisbüro eingebunden und konnte dort einen Überblick über die Fülle und das große Spektrum der unterschiedlichen Tätigkeiten erhalten. Meine Aufgaben waren unter anderem die

Recherche über verschiedene lokale Themen oder Zusammenfassungen von Medienberichten zu erstellen. Dabei wurde ich stets von Heike und Jan, die mir ihre Arbeit sehr anschaulich näherbrachten, unterstützt.

In den nächsten zwei Wochen kann ich bei den Plenarsitzungen in Berlin dabei sein und so einen Eindruck von der politischen Arbeit in der Bundeshauptstadt bekommen. Besonders freut es mich, dass die SPD für Praktikanten extra Diskussionsgruppen, welche sich mit aktuellen Themen beschäftigen, anbietet. Johannes und seinem Team danke ich sehr für die gewonnenen und noch folgenden interessanten Erfahrungen.

FÜR EINEN EUROPÄISCHEN BILDUNGSRAUM ÜBER DIE EU-GRENZEN HINAUS



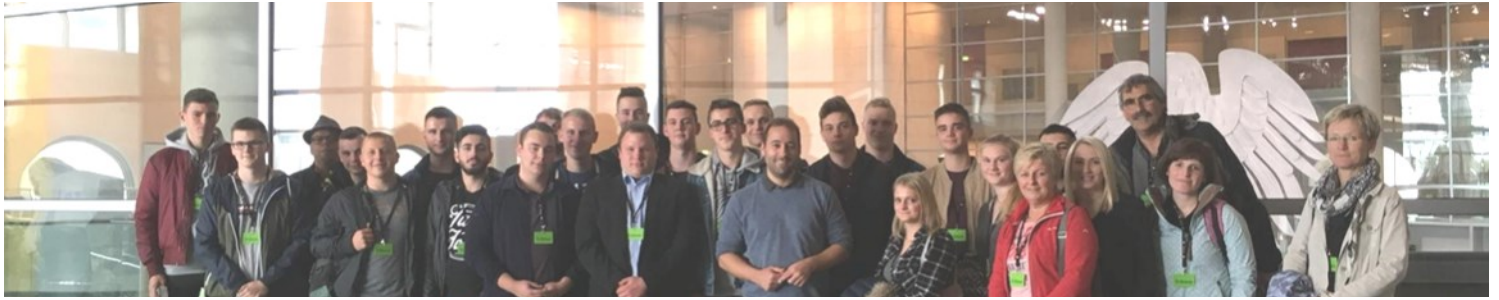
Die Europäische Kommission verfolgt das Ziel, bis 2025 einen europäischen Bildungsraum zu errichten. Das Potenzial von Bildung und Kultur in Europa soll ausgeschöpft werden, um soziale Gerechtigkeit, Beschäftigung und Wohlstand zu fördern. In einem gemeinsamen Antrag mit der Unionsfraktion nehmen wir im Bundestag diese Woche Bezug auf die derzeit laufenden Überlegungen der Kommission. Wir sehen die Notwendigkeit

auch über die Grenzen der EU hinaus, Mobilität, Austausch, Bildungsgerechtigkeit und Vergleichbarkeit von Bildungsleistungen zu fördern sowie Wissenschaftsfreiheit und institutionelle Autonomie zu sichern. Angesichts zwischenstaatlicher Konflikte in der europäischen Nachbarschaft können Austauschprogramme wie Erasmus+ und ein starker europäischer Bildungsraum dazu beitragen, Verständigung zu erzielen und Gräben zu überwinden.

Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, die Mittel für das Nachfolgeprogramm von Erasmus+ zu erhöhen und ausgewählte Partnerländer wie z.B.

die Westbalkan-Länder vollumfänglich ins Programm aufzunehmen. Berufliche Bildung, lebenslanges Lernen und die Erwachsenenbildung sollten bewusster gefördert, im Ausland erworbene Berufsqualifikationen besser anerkannt und die Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung insgesamt im europäischen Bildungsraum erhöht werden. An die Bundesländer appellieren wir, die Entwicklung hin zu einem europäischen Bildungsraum aktiv zu begleiten und die Voraussetzungen für mehr Mobilität und Austausch zu schaffen.

BESUCHERGRUPPEN ZU GAST IM BUNDESTAG



Auszubildende von REINTJES aus Hameln



Der Verein der Jugendbegegnungsstätte Naturfreundehaus in Lauenstein

GABRIELE LÖSEKRÜG-MÖLLER BERICHTET ÜBER DIE RENTENKOMMISSION



Gabriele Lösekrug-Möller hat am Dienstag in der Bundestagsfraktion die Arbeit der Rentenkommission vorgestellt, der sie seit Juni vorsitzt. Wie viel Wertschätzung ihr in der Fraktion entgegen gebracht wurde und wird, ist einmal mehr deutlich geworden. Ich bin echt stolz, eine solch engagierte und deshalb so hoch angesehene Vorgängerin zu haben. Die Kommission hat den Auftrag, einen Vorschlag für eine nachhaltige Sicherung und die Fortentwicklung des Alterssicherungssystems ab dem Jahre 2025 zu erarbeiten.

Mitglied im Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung



In der letzten Sitzungswoche fand die erste Sitzung des neuen Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) statt. Als Einrichtung für Demokratiebildung ist die bpb gerade heute besonders wichtig. Es geht dabei nicht um Propaganda oder Ideologie, sondern darum, sich auf der Basis von überprüfbaren Fakten eine Meinung bilden zu können. Ich freue mich, dass ich als stellvertretendes Mitglied in dem Ku-

ratorium tätig sein darf. Passend dazu hat sich die SPD-Landesgruppe Niedersachsen/Bremen in dieser Woche mit der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung getroffen. Niedersachsen hatte lange als einziges Bundesland keine eigene Landeszentrale für politische Bildung. Sie war 2004 von

der damaligen schwarz-gelben Regierung abgeschafft worden. Seit 2017 gibt es nun wieder eine Landeszentrale für politische Bildung in Hannover.



Hintergrund: Die Bundeszentrale für politische Bildung unterstützt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger dabei, sich mit Politik zu befassen. Ihre Aufgabe ist es, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. Das "Kuratorium", bestehend aus 22 Mitgliedern des Deutschen Bundestages, kontrolliert die Arbeit der Bundeszentrale auf Wirksamkeit und politische Ausgewogenheit. Die Bundestagsfraktionen sind im Kuratorium entsprechend ihrer Stärke im Parlament vertreten.

Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden

Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva, Jan-Eric Sauer

Pressemitteilung **Gespräche zwischen den Bundestagsabgeordneten und K+S** **Johannes Schraps (SPD): „Wir sind auf einem guten Weg“**

Am Donnerstag haben sich die Bundestagsabgeordneten der Weseranrainer mit dem Vorstandsvorsitzenden der K+S AG Dr. Burkhard Lohr und den Betriebsräten André Bahn und Stefan Böck in Berlin getroffen. Auch die Abgeordneten mit Bergwerksstandorten nahmen an dem Treffen teil. Mit diesem Austausch haben die Abgeordneten ihre Gespräche für eine Verbesserung der Wasserqualität der Weser fortgeführt.

Der heimische Bundestagsabgeordnete aus dem Weserbergland und Koordinator der Weseranrainer MdB Johannes Schraps erklärte nach dem Treffen: „Ich freue mich über den offenen und konstruktiven Austausch mit Herrn Dr. Lohr und den Betriebsräten. Wir sind uns einig, dass die Wasserqualität in den Flüssen verbessert werden muss. Als Weseranrainer nehmen wir eine große Ernsthaftigkeit bei K+S wahr, dass man Lösungen voranbringen möchte, die eine Einleitung von Kaliabwässern in die Flüsse ersetzen können. Gemeinsam muss weiter konstruktiv daran gearbeitet werden.“

Im Rahmen des Gespräches berichtete der Vorstandsvorsitzende zudem über die aktuellen Projekte und Vorhaben von K+S. Am hessischen Standort in Philippsthal ist vor kurzem ein halbertechnischer Versuch zur Haldenabdeckung gestartet worden. Auf die Ergebnisse warten wir gespannt. Außerdem prüft K+S weitere Lösungswege.

Schraps stellt weiter fest. „Wir Abgeordneten haben deutlich gemacht, dass eine sogenannte Pipeline oder Bypass keine ökologische Lösung sein kann. Wir werden den Prozess weiter konstruktiv begleiten und werden uns mit weiteren Akteuren treffen und beraten.“

Hintergrund: Das Thema „Weserversalzung“ begleitet und betrifft alle Weseranrainer bereits seit vielen Jahren. Während viele Flüsse in Deutschland durch vielfältige (Schutz-)Maßnahmen im Laufe der letzten drei Jahrzehnte wieder eine bessere Wasserqualität erreicht haben, bleibt die Weser ein versalztes Sorgenkind. Die Salzbelastung gefährdet weiterhin die Gesundheit und die Lebensqualität der Anrainer. Auswirkungen sind ein stark angegriffenes Ökosystem und ein erhöhtes Risiko für ein Versalzen des Grundwassers. Die niedrigen Pegelstände aufgrund der langanhaltenden Trockenheit machen diese Problematik in diesem Jahr noch deutlicher.



v.l.n.r.: Bernd Westphal, Esther Dilcher, Dr. Burkhard Lohr, Hans-Jürgen Müller, Michael Roth, Stefan Böck, Timon Gremmels, Johannes Schraps, Uwe Schmidt, André Bahn, Marja-Liisa Völlers, Stefan Schwartze, Siegfried de Witt